

Politik sucht Frauen - doch von Gleichstellung kann keine Rede sein

Diskussion Warum gelingt es nicht, den Frauenanteil in politischen Positionen zu erhöhen? Der Fachbereich Chancengleichheit des Amts für Soziale Dienste lud zur Podiumsdiskussion, vier Parteipräsidenten suchten Erklärungen. Aber das Problem sitzt tiefer.

VON SILVIA BÖHLER

Wer will das schon: Neben Beruf und Familie Stunden für Sitzungen und das Studieren von Akten verwenden, Interviews geben, in der Öffentlichkeit und unter besonderer Beobachtung stehen, sich gegenüber einer Horde von Männern behaupten? Parteipolitikerin – alles andere als ein einfacher Job. «Aber ohne Frauen ist kein Staat zu machen, insbesondere dann nicht, wenn das Wort Staat durch das Wort Volksgemeinschaft ersetzt wird», betonte Isolde Meier vom Fachbereich Chancengleichheit des Amts für Soziale Dienste am Mittwochabend. Chancengleichheit und Gleichberechtigung müssten deshalb sowohl Männern als auch Frauen zugestanden werden. Zwischen Wunsch und Wirklichkeit bestehe allerdings eine grosse Diskrepanz und ohne entsprechende Massnahmen seien die Chancen für Frauen nicht besonders rosig. Das kann auch Linda Märk-Rohrer, Forschungsbeauftragte des Liechtenstein-Instituts bestätigen. «Wir haben gedacht, das ist ein Selbstläufer, doch der Anteil der Frauen in politischen Funktionen ist seit 2013 wieder rückläufig.» Und auch die Chancen der Frauen, gewählt zu werden, sinken. Während bei den Männern die Wahrscheinlichkeit, gewählt zu werden, bei 41 Prozent liegt, beträgt der Wert bei den Frauen lediglich 15,8 Prozent. «Es ist deshalb wichtig, dass Veränderungen auf allen Ebenen – bei den Frauen, den Parteien und dem Staat passieren», so Märk-Rohrer.

Parteien unterschiedlich aktiv

Hinsichtlich der anstehenden Gemeinderatswahlen 2019 sind die Parteien im Land wieder auf der Suche nach Kandidatinnen. Die Bemühungen, Frauen in die Partei zu integrieren und zu fördern, sehen allerdings



Gleichberechtigt bedeutet nicht unbedingt gerecht, wie Referentin Linda Märk-Rohrer mit dieser Illustration zu verdeutlichen versuchte. (Illustration: ZVG)

sehr unterschiedlich aus. «Wir sind offen, jeder und jede kann Mitglied bei uns werden. Wir gehen allerdings nicht offensiv auf Mitglieder-sammlung», sagt Thomas Banzer, Parteipräsident der FDP. Erst wenn Kandidaten und Kandidatinnen für die Wahl gesucht werden, spreche die Partei Personen direkt an. Für die bevorstehenden Gemeinderatswahlen sei dies allerdings Aufgabe der Ortsgruppen. Natürlich bestehe aber der Wunsch, auch Frauen auf die Liste zu bekommen. Entscheidend fordernde zeigte sich Günther Fritz, Parteipräsident der Vaterländischen Union (VU). Es gebe zwar keine verbindliche Listenquote, aber

die Ortsgruppen hätten den Auftrag erhalten, einen 50-prozentigen Frauenanteil zu erreichen. «Wir können nicht nur die Quote ablehnen, sondern müssen auch Alternativen vorleben», so Fritz. Auch Harry Quaderer, Parteipräsident der Unabhängigen (DU), sähe gerne mehr Frauen in seiner Partei, doch diese habe mit einem Imageproblem zu kämpfen. Viele würden zwar DU wählen, nur wenige wollen aber Parteimitglied sein. Harry Quaderer: «Wir sind seit fünf Jahren auf der politischen Bühne tätig und nach wie vor scheinen sowohl Männer als auch Frauen Mühe zu haben, sich öffentlich zu DU zu bekennen.» Dementsprechend schwer ge-

stalte sich auch die Rekrutierung der Kandidaten. Auch ein Inserat in den Landeszeitungen habe nicht den entsprechenden Erfolg gebracht. «Ausser Spesen nichts gewesen, keine einzige Person hat sich gemeldet», sagte Quaderer nüchtern.

Frauen arbeiten unbezahlt

Was hindert Frauen daran, ein politisches Amt anzunehmen, sich zur Wahl zu stellen? Heute haben Frauen und Männer – zumindest auf dem Papier – die gleichen Rechte und Chancen. «Doch Chancengleichheit bedeutet nicht gleich Gerechtigkeit», erläuterte Linda Märk-Rohrer. Denn obwohl die Frauen in Erwerbstätigkeit und Bildungen den Männern um nichts mehr nachstehen, würden sie oft bewusst oder unbewusst in die unbezahlte Arbeit gedrängt. «Insbesondere, wenn die Frauen Kinder bekommen, werden traditionelle Rollenbilder gelebt», sagt Märk-Rohrer. Essen kochen, Wohnung putzen und Kinder hüten werden dann meist von den Frauen übernommen, sie agieren im Privaten und sind für die Öffentlichkeit meist nicht mehr sichtbar. Auch die Politik und die Wirtschaft haben die unbezahlte Arbeit nicht auf dem Radar, es gibt weder genaue Zahlen zum Umfang der unbezahlten Arbeit noch gibt es eine Bezahlung dafür. Mit der fehlenden Entlohnung für Erziehung und Hausarbeit gehe auch eine Wertminderung dieser Arbeit einher und die schlage sich wiederum auf das Selbstvertrauen der Frauen. «Auch wenn gleich viele Frauen wie Männer im Landtag sitzen, ist das Problem nicht gelöst. Denn Frauen haben durch die unbezahlte Arbeit, die sie täglich verrichten, schlechtere Voraussetzungen», so Märk-Rohrer. Es brauche deshalb vielmehr eine Diskussion über die Wertigkeit der verschiedenen Arbeit und deren Verteilung zwischen den Geschlechtern.

Aufgeschnappt Die Debatte in Zitaten

«Der Unterschied zwischen Gewinnern und Verlierern ist, nicht aufzugeben.»

MIT DEM ZITAT VON WALT DISNEY WOLLTE MODERATORIN JUTTA HOOP DEN FRAUEN MUT MACHEN

«Man muss wollen und tun.»

THOMAS BANZER (FDP)

«Wir können nicht nur die Quote ablehnen, sondern müssen auch Alternativen vorleben.»

GÜNTHER FRITZ (VU)

«Wo sind die vielen Frauen, die in den vergangenen 14 Jahren den Politiklehrgang absolviert haben? Warum hakt hier der Staat nicht nach und schaut, was mit seinem Geld passiert?»

VIOLANDA LANTER-KOLLER (VU)

«Verbindliche Massnahmen sind für manche Parteien wie das Weihwasser für den Teufel.»

CONNIE BÜCHEL BRÜHWILER (FL)

«Viele wählen zwar DU, aber nur wenige wollen Parteimitglied sein.»

HARRY QUADERER (DU)

FLI

Wifi-Calling wird 2019 möglich

VADUZ Der staatliche Mobilfunkanbieter Telecom Liechtenstein (FLI) wird bald auch «Wifi-Telefonie» anbieten. Das verkündete der Infrastrukturminister im Zuge der Beantwortung einer Kleinen Anfrage. «Der Mobilfunkempfang in Liechtenstein ist nicht überall gut», konstatiert der Schellenberger Landtagsabgeordnete Patrick Risch (Freie Liste) in seiner Kleinen Anfrage an Infrastrukturminister Daniel Risch. Neue Mobilfunkantennen sind jedoch umstritten, wie sich aktuell in der Gemeinde Schellenberg zeigt (das «Volksblatt» berichtete mehrfach). Den Weg aus dem Funkloch kann auch die sogenannte «Wifi-Telefonie» geleiten. Zumindest mit Smartphones kann ein vorhandenes WLAN-Netz genutzt werden, um Anrufe zu tätigen. Während Schweizer Mobilfunkanbieter diese Funktion bereits 2015 einführt, bietet das die Telecom Liechtenstein (FLI) bis heute nicht. Somit bleibt das «Wifi-Calling» in Liechtenstein den Kunden von Anbietern wie Swisscom oder Salt vorbehalten. Selbst der an der Telecom Liechtenstein beteiligte österreichische Anbieter A1 lässt seine Kunden übers Internet telefonieren. Und wann zieht Liechtenstein nach? «Die Telecom Liechtenstein wird im Jahr 2019 für ihre Kunden Wifi Calling einführen», lautet die Antwort des Infrastrukturministers. (ds)

LIEmobil

Jahresabo bei Schülern beliebt

VADUZ Die Aufwertung des LIEmobil-Schülerabos zum Jahresabo ist bei Liechtensteins Schülern beliebt. Dies ergab die Kleine Anfrage von FDP-Fraktionssprecher Daniel Oehry an den zuständigen Minister Daniel Risch. Nachdem das Schülerabo nur noch an Schultagen gültig ist, haben im aktuellen Schuljahr 1522 von 2043 Schülern die Möglichkeit genutzt, für zusätzliche 80 Franken das Jahresabonnement zu erhalten. Oehry wollte auch gleich wissen, wieviel es den Staat dem gekostet hätte, wenn dieser die Kosten für das Jahresabo übernommen hätte. Gemäss den aktuellen Schülerzahlen befinden sich derzeit 749 Kinder in den Kindergärten, 1980 Schüler in den Primarschulen sowie 2043 Schüler in den weiterführenden Schulen, führte Risch für seine Rechnung aus. Gemäss aktueller Preisliste würden die Kosten für ein ermässigttes Abonnement 280 Franken betragen, was zu Gesamtkosten von 554 400 Franken für alle Primarschüler und 572 040 Franken für alle Schüler der weiterführenden Schulen führen würde, wobei für letztere heute bereits rund 408 600 Franken durch das Schulamt übernommen würden, fasste Risch zusammen. Primarschüler würden heute keine staatlich subventionierten Abonnement erhalten, welche einzeln gemeinsame Fahrten der aufgedruckten Klasse sowie der benötigten erwachsenen Begleitpersonen im gesamten Liniennetz abdecken würden. (alb)



Regierungschef Adrian Hasler (Foto) besuchte die Liechtensteiner Olympioniken in Pyeongchang. (Foto: Florian Hepberger)

Reisekosten der Regierung

Für rund 16 000 Franken nach Südkorea

VADUZ Die Olympischen Winterspiele in Südkorea waren ein Erfolg für Liechtenstein. Tina Weirather holte ihre erste Olympia-Medaille und die erste für Liechtenstein seit 30 Jahren. Auch Regierungschef Adrian Hasler und sein Stellvertreter, Sportminister Daniel Risch, nutzten die Gelegenheit für einen Besuch im olympischen Dorf. «Allerdings zu unterschiedlichen Terminen», wie dem VU-Landtagsabgeordneten Mario Wohlwend aufgefallen ist. In einer Kleinen Anfrage an Sportminis-

ter Daniel Risch wollte er deshalb wissen, ob eine gemeinsame Reise nicht günstiger gekommen wäre. «Aus Sicht der Regierung hätten damit lediglich die Benzinkosten zum und vom Flughafen verringert werden können», heisst es nun in der Antwort des Ministers. Zahlen mussten die Liechtensteiner Staatsvertreter jedoch nur ihre Flüge, wie aus der Beantwortung hervorgeht: Für den Regierungschef und seine Begleitung beliefen sich die Flugkosten auf rund 8600 Franken. Der Sport-

minister mit Begleitung zahlte knapp 7500 Franken. «Verpflegungskosten vor Ort wurden von der Republik Korea (Südkorea) und dem IOC getragen», schreibt das Ministerium weiter. Und was bringen die Reisen der Regierung für das Land? Sämtliche offiziellen Treffen vor Ort haben sich laut dem Sportminister «für Liechtenstein als nützlich erwiesen». Die Begegnungen mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Sport seien ein wichtiger Bestandteil der Netzwerkpflge für Liechtenstein. (ds)